Werner Ruf

Stadt Kassel, 20. März 2024

Nie wieder KRIEG!

1. Der Krieg zwischen Moral und Verstand.

Auf dem vorletzten Deutschen Ev. Kirchentag (2021) leitete NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** einen Workshop zur Friedensfrage.

Moderiert wurde die Veranstaltung von **Thomas de Maizière**, ehemaliger Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland. Im gleichen Jahr wurde de Maizière zum neuen Präsidenten des Kirchentages gewählt.

Stoltenberg begann seinen Vortrag mit den Sätzen

„Schon die alten Römer wussten: **Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!**“ (lat.)

Diese wieder und wieder wiederholte Formel war schon damals falsch:

Was verstanden die „alten Römer“ unter Frieden?

- dazu muss man wissen: Die **Energiequelle des Römischen Reiches** waren die Sklaven. Zur Reproduktion des Reiches mussten also immer neue Sklaven beschafft werden. Dafür war die Eroberung immer neuer Territorien nötig. Das Römische Reich musste also, um seines Bestands willen, Kriege führen.
- Nach Eroberung folgte deren „**Befriedung**“. Dies geschah durch die Überführung der aktiven und brauchbaren Teile der unterworfenen Bevölkerung in die Sklaverei: Die Männer für den Bau der riesigen Heerstraßen, der gigantischen Wasserleitungen – und natürlich durch Eingliederung in das Heer. Frauen wurden zur Hausarbeit genutzt, auch für die Vergnügung ihrer Herren und der biologischen Reproduktion der Sklaven.

- Dieser Prozess diene zugleich der Sicherung der erworbenen Gebiete, fehlten diesen doch für eventuelle Aufstände dauerhaft die wehrfähigen Männer.

Doch zurück zu unserem Thema: Stoltenberg beabsichtigte sicherlich nicht die Aufklärung seines Publikums über die römische Sklavenhaltergesellschaft. Es ging und geht um die Erklärung und Rechtfertigung der NATO-Strategie.

„**Wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg vor**“ muss heute gelesen werden als die Grundformel der Strategie der NATO: **Frieden durch (glaubwürdige) Abschreckung.**

Dieser Satz enthält noch eine Reihe von unausgesprochenen Grundannahmen:

- als Erstes wird **Frieden** genannt. Den zu erhalten, ist ein wichtiges Gut. Und wenn die Sicherung des Friedens durch Herstellung der Kriegsfähigkeit, also durch den Aufbau einer wirksamen **Abschreckung** gelingt, sind die dafür zu veranschlagenden Kosten akzeptabel, dienen sie doch der Vermeidung eines noch viel größeren Elends. „**Immer gerüstet zu sein**“ wird zur unverzichtbaren Notwendigkeit.
- als Zweites sagt diese Formel: „**Wir**“ wollen ja keinen Krieg, sondern den Frieden bewahren. Also ist dieses Handeln richtig und moralisch gut. „**Der Andere**“ **ist schuld**, denn er ist bedrohlich, gefährlich – „**unsere**“ Aufrüstung ist dagegen notwendig, bewahrt sie doch unsere Existenz **und den Frieden.**
- Drittens: Da wir den Frieden wollen, dient unsere Vorbereitung auf einen möglichen Krieg **nur der Abschreckung**: Der Andere muss begreifen, dass die Kosten eines Krieges für ihn selbstzerstörerisch sein werden. Genau deshalb ist es notwendig, dass „**Wir**“ **dem „Anderen“ in der Rüstung überlegen sind**, dies ist die Begründung für permanente Hochrüstung.

Es dauerte bis zur Aufklärung, bis ein gewisser Immanuel Kant, Zeitgenosse der napoleonischen Kriege, aus humanistischer und rationaler Sicht erstmalig den Sinn und die Logik von Krieg und Rüstung infrage stellte. Im 3. Präliminarartikel seiner Schrift „zum Ewigen Frieden“ schrieb Kant:

„**Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu**

erscheinen; reizen diese an, sich einander in der Menge der Gerüsteten, die keine Grenzen kennt, zu übertreffen ...“

Kant hatte erkannt, dass Rüstung, die Anhäufung von Waffen, kurz die Vorbereitung des Krieges gerade **nicht der Vermeidung des Krieges** dient, sondern die Wahrscheinlichkeit des Kriegsausbruchs erhöht und eine Dynamik des **Wettrüstens** produziert, die nicht nur die Kriegsgefahr erhöht, sondern zu untragbaren gesamtgesellschaftliche Kosten führt. Die Entwicklung der Rüstung und ihrer technologisch immer perfekteren Produkte beherrschen militärstrategisches und politisches Denken bis heute.

Mit der Entwicklung von Atomwaffen und der damit möglich gewordenen **Vernichtung der Gattung Mensch** – und des Planeten insgesamt - stellt sich die Frage von Krieg und Frieden neu: Es geht nicht mehr nur um das Gewinnen einer Schlacht, um die gewaltsame Eroberung eines Territoriums, nein, der Besitz von Massenvernichtungsmitteln auf Seiten der verfeindeten Mächte hat die **Politik der Abschreckung** in die Situation der „**gegenseitig gesicherten Vernichtung**“ *mutually assured destruction* geführt, eine Situation, die „Sicherheit“ um den Preis der eigenen Selbstvernichtung gewährleistet, sich also selbst ad absurdum führt.

So stellt sich die Frage, wie der Mensch, das einzige mit Verstand begabte Wesen, die Kontrolle über sein Produkt wieder herstellen kann, um den Gefahren einer globalen Vernichtung der Gattung zu begegnen. Und diese Frage stellt und stellte sich nur wenige Jahre, nachdem von Nazi-Deutschland losgetretenen „totalen Krieg“, in dem sich die Weltgesellschaft eine Art Grundgesetz gegeben hat: **Die Charta der Vereinten Nationen**, deren Präambel als Ziel der Organisation formuliert: „... **künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren.**“ Dies schien den Verfassern nur möglich durch das „**Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen**“, wie es in **Art. 2 Ziff. 4 der Charta** festgeschrieben wurde.

2. Von der gegenseitig gesicherten Vernichtung (*mutually assured destruction*) zur Gemeinsamen Sicherheit.

In der Kuba-Krise 1962, als die Welt unmittelbar am Rande eines Atomkriegs stand, wurde den Weltmächten klar, dass der Preis eines Atomkriegs auch aufgrund der inzwischen entwickelten **Zweitschlagskapazitäten** letztlich die Selbstvernichtung implizierte. Es dauerte dann noch bis **Mai 1972** bis US-Präsident Nixon und KPdSU-Generalsekretär Breschnew der **SALT-I Vertrag** über die Begrenzung atomarer Waffen schlossen. Eine deutliche Verringerung der Atomwaffen **folgte 1979** mit dem **SALT-II-Vertrag**. Als epochal für die Abrüstung und eine sachte beginnende gegenseitige Annäherung kann die vor allem auf Initiative der Warschauer Vertragsorganisation begonnene **KSZE** angesehen werden, die **1973 in Helsinki** begann und mit der Unterzeichnung der **Schlussakte am 1. August 1975** endete. Außer den Mitgliedstaaten von NATO und WVO hatten an der Konferenz auch die neutralen Staaten Europas teilgenommen.

Ein entscheidender Schritt, der wohl auch durch die europaweit gewachsene Friedensbewegung befördert wurde, war der Abschluss des **INF-Vertrags** (1987, ab 1988 in Kraft), der die Vernichtung aller bodengestützten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km vorsah. Ein von europäischem Boden geführter **Atomkrieg in Europa** war damit nicht mehr möglich.

Dieses Klima aus Entspannung, beginnender realer Abrüstung, verstärkter Kultur- und Handelsbeziehungen (**„Wandel durch Annäherung“**) bildete den Hintergrund für jene Verhandlungen, die 1990 zum Abschluss des **2 + 4 -Vertrags**¹ (12-09-1990) führten, mit dem die Ost-West-Konfrontation ein Ende fand und die deutsche Einigung und volle Souveränität **„ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa“** (Art. 1) sein sollte. Dies wird bereits in der Präambel deutlich: Unter Verweis auf die Charta der VN, der Prinzipien von Helsinki, wurde **gemeinsame Sicherheit** als Grundlage für die künftigen Beziehungen der sechs Vertragsstaaten untereinander benannt: **„Entschlossen, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen“**, was konkretisiert werden sollte durch **„ihre Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten ...“** (Präambel). Hervorgehoben wird in diesem Vertrag auch (Art. 2), dass BRD und DDR bekräftigen, **„dass von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen wird.“** Verwiesen wird

¹ <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/44112/praeambel/> [15-01-24].

als Beitrag zur Friedenssicherung ausdrücklich auf den in Verhandlung befindlichen **KSE-Vertrag**, auf den ich noch zurückkommen werde.

Befürchtungen der Sowjetunion betreffend die militärische Nutzung des Territoriums der ehemaligen DDR werden ausdrücklich benannt und erst genommen im Sinne des im Vertrag genannten Begriffs der gemeinsamen Sicherheit, wonach „die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen“ sind: Nach dem vereinbarten Abzug sowjetischer Truppen aus der ehemaligen DDR können dort auch deutsche Truppen stationiert werden, die „**militärischen Bündnisstrukturen** – also der NATO – **zugeordnet sind**“, **allerdings nur solche, die „für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind.“** (Art. 5). Implizit kann darunter auch verstanden werden, dass das Territorium der ehemaligen DDR der östlichste Stationierungsort von NATO-Truppen sein sollte und dass dafür nur deutsche und ausschließlich konventionell bewaffnete Truppen infrage kämen.² Außerdem verzichtete das vereinigte Deutschland für alle Zukunft auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen (Art. 3).

3. Ende der bipolaren Weltordnung und die Zukunft der gemeinsamen Sicherheit.

Der Übergang zu einem Europa, das vom **Atlantik bis zum Ural** (de Gaulle), möglicherweise von **Lissabon bis Wladiwostok** reichen sollte, schien Menschheitsträume von einem friedlichen Doppelkontinent, der größten Landmasse des Planeten, zu erfüllen. Auf einer Konferenz der Staaten des Helsinki-Prozesses, also aller europäischen Staaten plus Kanada und USA wurde vom 19. bis 21. November 1990, also nur zwei Monate nach Abschluss des 2 + 4 – Vertrags, in Paris feierlich die **Charta von Paris für ein Neues Europa**³ beschlossen. Dieser Vertrag

² Hier soll nicht auf die Debatte eingegangen werden, die um die Frage geführt wurde, ob in den Verhandlungen über den 2+4-Vertrag ein Verzicht auf die Erweiterung der NATO vereinbart wurde. Schon der Vertrag selbst deutet klar in diese Richtung. Die Belege für eine solche und präzise Absprache liegen inzwischen mehrfach vor. Dass eine schriftliche vertragliche Vereinbarung damals nicht getroffen wurde, dürfte schlicht und ergreifend an der Tatsache liegen, dass die Warschauer Vertragsorganisation damals noch existierte, eine solche Vereinbarung aber erst nach Auflösung des östlichen Verteidigungsbündnisses möglich wurde.

³ <https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf> (13-01-24).

erfüllte Menschheitsträume. Er wurde in den Medien auch als Entwurf für ein **Gemeinsames Haus Europa** gefeiert. Deshalb möchte ich zitieren:

„Zur Wahrung und Förderung von Demokratie, Frieden und Einheit in Europa bekennen wir uns feierlich und uneingeschränkt zu den zehn **Prinzipien der Schlußakte von Helsinki**.⁴ ... Sie bilden die Grundlage unserer Beziehungen.

In Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki erneuern wir unser feierliches Versprechen, uns jeder gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichteten **Androhung oder Anwendung von Gewalt oder jeder sonstigen mit den Grundsätzen oder Zielen dieser Dokumente unvereinbaren Handlung zu enthalten**. Wir erinnern daran, dass die Nichterfüllung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. ...

⁴ Diese sind:

- Achtung ihrer souveränen Gleichheit sowie der ihrer Souveränität innewohnenden Rechte,
- Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt,
- Unverletzlichkeit der Grenzen,
- Achtung der territorialen Integrität aller Teilnehmerstaaten,
- friedliche Regelung von Streitfällen,
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Teilnehmerstaaten,
- Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker,
- Entwicklung ihrer Zusammenarbeit gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen,
- Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. „**Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates untrennbar mit der aller anderen verbunden.**“ Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten. ...

Wir wollen ein Europa, von dem Frieden ausgeht. ... Wir begrüßen die Unterzeichnung des **Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) durch zweiundzwanzig Teilnehmerstaaten**, der zu niedrigeren Niveaus der Streitkräfte führen wird.“

Ich fasse zusammen: Ausdrücklich wird die **deutsche Einigung** hervorgehoben, die ein „**bedeutsamer Beitrag zu einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ein geeintes demokratisches Europa**“ ... ist. Hinfort sollte Sicherheit also gemeinsam und im Konsens hergestellt werden, **Sicherheit** sollte verstanden werden als **nur gemeinsam und untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden.** Dies war ein neuer Sicherheitsbegriff, der auf der rationalen Einsicht basierte, dass **Sicherheit nur herstellbar ist auf der Basis gegenseitigen Vertrauens**, unterfüttert durch Abrüstung. Kurzum, **dieser Sicherheitsbegriff** war die radikale **Absage an** die überkommene, scheinbar 2000 Jahre alte und ewig gültige **Abschreckungsdoktrin!**

Der entscheidendste Schritt, in einen radikalen Einstieg in das neue Konzept von gemeinsamer Sicherheit im Schatten der Verbotsvertrags von atomaren Mittelstreckenraketen zu wagen, war der **KSE-Vertrag**,⁵ der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, der am 19. November 1990 unterzeichnet wurde. Unter dem Titel **Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit** wurde auch in diesem Vertrag das Prinzip der **gemeinsamen Sicherheit** festgeschrieben:

„Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir ... eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit

⁵ <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207276/b1196519ae7598a29c873570448a59e9/kse-vertrag-data.pdf> [13-01-24].

der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.“
(S. 3).

In diesem Vertragswerk, das aus mehreren Teilen besteht, regelten die 22 Vertragsstaaten auf mehr als 100 Seiten bis ins Detail

- die Truppenstärken der Mitgliedsstaaten,
- welche Waffensysteme erhalten bleiben können,
- welche zu welchen Teilen oder ganz zerstört werden sollten.
- Selbst die Art der Zerstörung (Zerbrechen von Teilen, Grad der Deformation von einzelnen Teilen etc.) wurde festgelegt.
- Dabei zielte die Auswahl der Waffensysteme darauf ab, die **strukturelle Nichtangriffsfähigkeit** der Vertragsstaaten zu erreichen, also jene Systeme abzuschaffen, die ausschließlich oder vorwiegend für den Angriff taugen wie schwere Artillerie, Panzer, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber.

Ein Menschheitstraum schien in Erfüllung zu gehen.

Dieser Vertrag wurde unterzeichnet und ratifiziert von Russland, Ukraine, Weißrussland und Kasachstan – kein NATO-Staat hat ihn auch nur unterzeichnet. Russland ist inzwischen aus dem Vertragssystem wieder ausgetreten.

Im US-amerikanischen außenpolitischen Establishment hat dieses Vertragswerk eine Debatte ausgelöst, die das folgende Jahrzehnt beherrschte.

4. Das Verhältnis USA – Europa.

Vorwegzuschicken ist, dass, wenn hier von Europa gesprochen wird, stets das kontinentale Europa, also nicht die EU gemeint ist.

Die Verwirklichung des „**Gemeinsamen Hauses Europa**“ hätte mittel- bis langfristig schwerwiegende Folgen für die dominante Rolle der USA in Europa gehabt. Die neokonservativen Kräfte, die das Ende des bipolaren Systems als **Sieg der USA und der NATO über die Sowjetunion und die Warschauer Vertragsorganisation** betrachteten, sahen diesen Zustand als den einzigartigen weltgeschichtlichen

Augenblick,⁶ der die weltweite Dominanz der USA dauerhaft sichern könnte. So schrieb Charles Krauthammer, Kolumnist der *Washington Post*, in Heft 1/1990 der vom *Council of Foreign Affairs* herausgegebenen führenden außenpolitischen US-Zeitschrift *Foreign Affairs* einen viel beachteten Aufsatz unter dem Titel „**The unipolar Moment**“. Ich zitiere hier – in meiner Übersetzung – den Schlusssatz dieses Aufsatzes:

„Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit ... ist Amerikas Stärke und die Willenskraft, eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham (*unshamed*) die Regeln der Weltordnung festzulegen und auch durchzusetzen.“

Ich verzichte hier auf Nachzeichnung dieser heftig geführten Debatte. Im Jahre 2000 gründete sich in Washington das **PNAC**, das nur in massiver Aufrüstung und ohne jede Bezugnahme auf irgendwelche Verträge die Sicherung der USA-amerikanischen Vorherrschaft gewährleisten sah und die Festschreibung von 3,8% des US-BIP für Rüstungsausgaben forderte. Nur durch Erhalt der Unipolarität und militärischer Stärke könne die Verantwortung der USA für den Weltfrieden gesichert werden. **In Europa müsse es darum gehen, eine „günstige Machtbalance“ zu erhalten.**⁷ Und es folgt eine klare Ansage: „... **eine dauerhafte amerikanische Präsenz (in Europa) ... ist besonders wichtig angesichts beginnender europäischer Forderungen nach einer unabhängigen Verteidigungsidentität ... die NATO darf nicht ersetzt werden durch die Europäische Union.**“⁸

In der Tat: Soll ein wirklich unipolares System errichtet werden, dann ist für einen weiteren Pol kein Platz. Die im PNAC versammelten Außen- und Sicherheitspolitiker der USA sowie hohe Militärs haben als Rivalen um die Rolle einer Führungsmacht im Weltsystem jedoch nicht nur Europa sondern auch Russland und vor allem China im Auge. Hier und im Weiteren soll es jedoch vor allem um die Beziehungen zwischen den USA und Europa gehen.

Die USA haben in den drei auf den 2+4-Vertrag, die Charta von Paris und den KSE-Vertrag folgenden Jahrzehnten auch ihre strategische und wirtschaftliche Dominanz in EU-Europa ausgebaut: Exemplarisch hierfür will ich nur den Import von high-tech Waffensystemen aus den USA statt der Beschaffung europäischer Systeme (z. B.

⁶ Francis Fukuyama sah in ihm „das Ende der Geschichte“.

⁷ https://resistir.info/livros/rebuilding_americas_defenses.pdf

⁸ a. a. O. S. 16.

Eurofighter) und die Sprengung von Northstream 2⁹ nennen, hat diese doch insbesondere Deutschland dazu gezwungen, große Teile seines Energiebedarfs durch den Import von mehrfach teurerem, verflüssigtem Fracking-Gas aus den USA zu ersetzen. So hat der **Stellvertreterkrieg in der Ukraine** zwei Gründe: Zum einen geht es darum, Russland als Führungsmacht in einem neuen multipolaren System auszuschalten oder zumindest entscheidend zu schwächen, zum anderen den Aufstieg Europas bzw. Deutschlands in einem solchen neuen bipolaren System zu verhindern.

In diesem Club neo-konservativer Kräfte, dem **PNAC**, hatten sich unter dem Dach der ultra-konservativen Stiftung **Heritage Foundation** hochrangige Militärs, Politiker, Wissenschaftler und Führer der wichtigsten US-amerikanischen Rüstungsfirmen zusammengeschlossen, die als repräsentativ für die konservative Elite des US-amerikanischen außenpolitischen Establishments gelten können.

Weshalb ich hier relativ **ausführlich auf das PNAC** eingehe, hat zwei Gründe: Die politischen Vordenker dieses Konzepts spielen in der Biden-Administration eine führende Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik und diese Lobbygruppe – sie ist bei weitem nicht die Einzige - verkörpert in geradezu idealtypischer Weise jenen **militärisch-industriellen Komplex**, den der frühere Oberkommandierende der US-Streitkräfte und spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower bei seiner Abschiedsrede aus dem Präsidentenamt als große Gefahr für die amerikanische Demokratie bezeichnete (17-01-61). Ich zitiere:

... es bestehe die Gefahr, „**dass ... die Politik selbst zur Gefangenen einer wissenschaftlich-technischen Elite“ werden könnte**, dass die Wissenschaft durch Kapital- und Rüstungsinteressern, durch einen „**militärisch-industriellen Komplexes“** vereinnahmt werden könnte, „**der unsere Freiheiten oder demokratische Prozesse gefährdet.**“ Diese

⁹ s. die Pressekonferenz von Präsident Biden und Kanzler Scholz am 8. Februar 2022: <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=biden+northstream#fpstate=ive&vld=cid:7626be67,vid:JOE0SX1Y1ps,st:0> [15-01.24], und https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&sca_esv=598597704&tbm=vid&sxsrf=ACQVn0_zmNrysvV5jz-wrVDcbyn-KRolkQ:1705332347153&q=biden+northstream&sa=X&ved=2ahUKewi8rpqG2t-DAxW_8QIHHz3DW8Q8ccDegQIERAG&biw=1536&bih=704&dpr=1.25#fpstate=ive&vld=cid:4086a826,vid:FVbEoZXhCrM,st:0 [15-01-24].

Gefahren sah er unmittelbar für die Wissenschaft: „**Die freie Universität, einst Quelle von Ideen und wissenschaftlicher Entdeckung, hat eine Revolution erfahren, ... aufgrund der ungeheuren Kosten ersetzt ein Regierungsvertrag die intellektuelle Neugier.**“ Die Gefahr bestehe, dass die Politik selbst zur „Gefangenen einer wissenschaftlich-technischen Elite“ werden könne.

Ich will hier nicht eingehen auf die neo-liberale Umgestaltung der Hochschulen, die Rolle von Drittmitteln, die Arbeitsbedingungen des sog. Mittelbaus, den Kampf um die Zivilklausel in der universitären Forschung etc., geht es doch hier um die Entwicklung des Sicherheitsbegriffs.

Schon bald nach der „Zeitenwende“ des Jahres 1990 hatten sich die Beziehungen zwischen Russland und den USA/NATO erheblich verschlechtert. Trotz des **völkerrechtswidrigen Angriffskrieges der NATO** gegen Jugoslawien 1999 – ein erster **Höhepunkt der sich wandelnden Beziehungen** - hielt Wladimir Putin noch **2001** eine Rede vor dem **Deutschen Bundestag**, die euphorisch für das „Gemeinsame Haus Europa“ warb. Diese Rede veranlasste die Abgeordneten zu stehendem Applaus. Doch ab seiner Rede auf der **Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2007** machte er klar, dass Russland einen Beitritt der Ukraine zur NATO niemals akzeptieren würde. Dennoch (oder deshalb?) versuchten die **USA 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest** einen Beitrittsbeschluss für Georgien und die Ukraine durchzusetzen. Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy gelang es, einen solchen Beschluss zu verhindern: Beiden Ländern sollte auf unbestimmte Zeit eine „**Beitrittsperspektive**“ in Aussicht gestellt werden.

Ich will nur drei militärische Maßnahmen benennen, die entscheidend waren für die Veränderung des Klimas zwischen „dem Westen“ und Russland::

1. die **Kündigung des INF-Vertrags** durch die USA im Jahr **2019**. Ein Atomkrieg in Europa wird dadurch wieder führbar. Als Grund für diese Kündigung wird die Stationierung eines neuen russischen Raketentyps in Kaliningrad genannt. Russland behauptet, die Reichweite der Rakete liege unter 500 km. Unter Berufung auf die im

INF-Vertrag vereinbarte Überprüfungsklausel lud Russland die NATO zwei Mal ein, die Rakete zu überprüfen – die NATO folgte dieser Einladung nicht, blieb aber bei ihrer Behauptung. Inzwischen entwickelt Russlands wohl verstärkt nicht-strategische, also für Kurzstrecken konzipierte nukleare Waffen.¹⁰

2. Die NATO stationierte in Rumänien und Polen ein Raketenabfangsystem, von dem behauptet wurde, es sei gegen iranische Raketen gerichtet. Russland schlug vor, diesem Abfangsystem beizutreten, da etwaige iranische Raketen auch gegen Russland gerichtet sein könnten. Die NATO lehnte ab. Das System kann unschwer auch als Angriffssystem gegen Russland umfunktioniert werden.
3. 2019 gab die NATO bekannt, dass sie ab 2020 jährlich ein Großmanöver unter dem Codewort „**Defender**“ durchführen werde. Im Rahmen dieses Manövers, das seither an der Ostflanke der NATO stattfindet, wurden jährlich rd. 50.000 Soldaten zusammengezogen, riesige Mengen schweren Geräts über den Atlantik nach Europa transportiert. Das diesjährige Manöver „Defender 24“ soll 90.000 Soldaten in Bewegung setzen. Unter dem Codewort „Quadriga“ wird es einen eigenen, von der Bundeswehr zu verantwortenden Teil enthalten.¹¹ Diese Manöver sind die größten, die die NATO seit Ende des Kalten Krieges durchgeführt hat.

Allein diese Beispiele zeigen, dass allen Sonntagsreden zum Trotz die Interessen der USA und EU-Europas keineswegs identisch sind. Am Schlüssigsten und Einfachsten hat dies der erste Generalsekretär der NATO, der Brite **Lord Ismay**, sarkastisch auf den Punkt gebracht: „NATO has three functions: Keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.“ Die einzige Weltmacht sieht nun einmal die Dinge aus einer anderen Perspektive als ihre Vasallen.

Mit Blick auf die derzeitige Situation und das Beziehungsgefälle zwischen den NATO-Mitgliedern und der Führungsmacht hat dies Klaus von Dohnanyi ... fast unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine unter Berufung auf die

¹⁰ <https://www.iiss.org/research-paper/2024/01/russian-military-thought-and-doctrine-related-to-nonstrategic-nuclear-weapons/> [02-02.24].

¹¹ ausführlicher zu diesem Manöver s.

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/aktuelles/heer-und-nato-partner-starten-2024-ein-grossmanoever-5710094> [15-01-24].

theoretischen Analysen von Henry Kissinger auf den Punkt gebracht. Dohnanyi schreibt: „Erstens, die USA würden in Europa im Zweifel immer nur aus eigenem geopolitischem Interesse militärisch agieren, gleichgültig, ob die europäischen Staaten das befürworten und wie viel sie vorher zu diesem Schutz beigetragen hätten: Wir werden nicht gefragt! Und zweitens: Die wahre Gefahr für eine völlige Zerstörung Europas beruht darauf, dass Europa in erster Linie ein geopolitisches Interesse der USA ist. ... Ein Krieg zwischen den USA und Russland würde wegen der Interessenlagen der Großmächte nur auf europäischem Boden ... stattfinden. Wenn dem aber so ist, dann sind die in Europa stationierten US-amerikanischen strategischen Nuklearwaffen zum Schutz Europas überflüssig, jedoch nicht überflüssig zum Schutz der USA, soweit diese direkt angegriffen würden“.¹²

Dohnanyi ist nur eine der vielen Stimmen, die – durchaus fast alle eher dem konservativen Lager zuzuordnen – vor oder zu Beginn des Krieges dringend vor den zu erwartenden Folgen des Krieges warnten, massivst statt Bomben Verhandlungen einforderten. Genannt werden soll hier der frühere außenpolitische Berater von Helmut Kohl und langjährige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, **Horst Teltschik**,¹³ der schon drei Jahre vor Beginn des Krieges eine Umkehr der NATO-Politik einforderte und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit beschwor, der frühere EU-Kommissar **Günter Verheugen**, der Ehrenvorsitzende der CDU NRW und Staatssekretär im Verteidigungsministerium von Helmut Kohl, **Willy Wimmer**, zahlreiche prominente US-amerikanische Politikwissenschaftler, angefangen mit dem

¹² Dohnanyi, Klaus von (2022, 2. Aufl.): Nationale Interessen. S. 94f.

¹³ Teltschik, Horst (1999): Russisches Roulette. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden. Als außenpolitischer Berater Helmut Kohls und langjähriger Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz zeigt, wie die Chancen von 1989/90 auf eine stabile internationale Friedensordnung verspielt wurden und warum die heutige Konfrontation zwischen NATO und Russland durch eine neue Entspannungspolitik entschärft werden muss. Truppen werden an die Grenze verlegt, die Militärs führen Manöver durch, die jeweils klar gegen den anderen gerichtet sind, es wird aufgerüstet, und von gegenseitigem Vertrauen ist nichts mehr zu spüren. Dabei zeigt sich, dass die NATO mehr Grund zur Selbstkritik hätte, und die russischen Handlungen nicht nur, aber auch Reaktionen auf das Verhalten des Westens sind. Man sollte Russlands Aggression der letzten Jahre weder gutheißen noch verteidigen, doch die gegenwärtige Konfrontationspolitik der NATO müsste dringend durch Kompromissbereitschaft und Verhandlungsangebote ergänzt werden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, vom Kalten Frieden in einen heißen Konflikt zu schlittern.

legendären, soeben im Alter von 100 Jahren verstorbenen **Henry Kissinger** bis hin zu **George F. Kennan** ..., der schon 1997 nachdrücklich vor einer Osterweiterung der NATO warnte. Vor allem aber ist zu verweisen auf General a. D. **Harald Kujat**, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, nach dem NATO-Generalsekretär das zweithöchste Amt der NATO, der schon vor Beginn des Krieges, seither wieder und wieder vor der Eskalationspolitik der NATO warnte. Es ist bezeichnend für die Stimmung in diesem Lande, dass seine zahlreichen Interviews und Kommentare fast nur noch in Schweizer Medien erscheinen. Hinzu kommen weitere pensionierte Generäle der Bundeswehr wie etwa **Erich Vad**, Militärberater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, zahlreiche US-Wissenschaftler und hochrangige US-Militärs und -Diplomaten usw. usw.

Weitere Schritte, die insbesondere gegen Ende der 90er Jahre erfolgten, halfen dabei, das Rad in Richtung des überkommenen Sicherheitsbegriffs zurück zu drehen. An erster Stelle ist hier nochmals **der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien** im Jahre **1999** zu nennen, der unter massiver Beteiligung der Bundeswehr geführt wurde und Zehntausende zivile Opfer forderte. Ziel und Folge des Krieges war die Zerschlagung Jugoslawiens, das de facto nur noch aus Serbien bestand, und die Gründung eines neuen Balkanstaates, des Kosovo, das bis dahin autonome Provinz innerhalb des jugoslawischen Staates war. Der Staat Kosovo ist bis heute noch nicht einmal von allen Mitgliedsstaaten der EU anerkannt, erst in den letzten Wochen mussten zusätzliche NATO-Truppen in das Land entsandt werden, um dort einen erneuten Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Ethnien zu verhindern. Nüchtern ist festzustellen, dass dieser Krieg – nicht wie in den letzten Jahren immer wieder behauptet der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 – der Beginn der Zerstörung der knapp zehn Jahre zuvor entworfenen europäischen Friedensordnung war.

Im Jahr **1999 begann auch die Osterweiterung der NATO** mit dem Beitritt von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Es folgten 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, 2009 folgten Albanien und Kroatien, 2017 Montenegro, 2020 Nordmazedonien und jüngst nach Beginn des Krieges von Russland gegen die Ukraine Finnland und Schweden, so dass die NATO

von 16 Mitgliedern zur Hochzeit des Kalten Krieges auf mittlerweile 32 angewachsen ist. Fast alle Neumitglieder waren vormals Mitglieder der WVO.

In den Kreis derer, die sich zur **Rückkehr zur Abschreckungspolitik** einreihen, gehörte schließlich auch die SPD, die sich im Oktober 2022 dazu bekannte, dass die **Ostpolitik von Brandt und Bahr „ein Fehler“** gewesen sei: Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben könne, habe keinen Bestand mehr. "Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren", sagte der SPD-Chef Klingbeil. "Russland hat sich aus dem System der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Werteordnung verabschiedet. Unsere Sicherheit muss ohne Russland funktionieren."¹⁴

4. Kriegsgefahr?

Als **Immanuel Kant** sein Traktat „Zum ewigen Frieden“ verfasste, setzte er auf die **Vernunft** der Menschheit, dass sie in der Lage sein werde, dem Rüstungswettlauf mit seinen Folgen für wachsende Kriegsgefahr und untragbare Konsequenzen in der Sozialpolitik ein Ende zu bereiten. **Nicht wissen** konnte er, welche Errungenschaften die technischen Fortschritte der Rüstungsindustrie erreichen würden, geschweige denn, welche Einflüsse der militärisch-industrielle Komplex auf politische Entscheidungen haben könnte und würde. Die **Erfindung der Atomwaffe** und die Entwicklung **immer schnellerer und treffgenauerer Trägersysteme** mag dazu beigetragen haben, dass seit Hiroshima und Nagasaki diese Waffen nicht mehr eingesetzt wurden. Die Doktrin von der **„gegenseitig gesicherten Vernichtung“** (*mutually assured destruction*) – vereinfacht ausgedrückt „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“ – schien endlich **im Sinne Kants der Vernunft** zum Durchbruch zu verhelfen. Es brachte für eine kurze Zeit Entspannung, Abrüstung und Vertrauensbildung jenes Konzept der **„gemeinsamen Sicherheit“** hervor, wie es im Vertrag über die deutsche Einheit umrissen und in der Charta von Paris und im KSE-Vertrag ausbuchstabiert wurde. Eine andere Welt wurde denkbar. Die Logik am Ende dieses Prozesses wäre die Abschaffung von Militärbündnissen gewesen – allen voran der NATO, war doch deren Gegenpart, die WVO, längst verschwunden. Sie

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/klingbeil-spd-russland-politik-ukraine-energie-101.html> [14.-03-2024].

aber schien der verbliebenen Supermacht unverzichtbar – zur Aufrechterhaltung ihrer dominanten Stellung in der Welt wie zur Kontrolle ihrer Verbündeten. So entstand der alte West-Ost-Antagonismus neu. Dieser eskalierte 2014 neu zu einem zunächst innerukrainischen Konflikt, der im Kern ein Konflikt der beiden großen Atommächte ist.

Festzuhalten ist, dass Russland mit seiner Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 das Völkerrecht gebrochen hat. Diese Verletzung des Völkerrechts wird auch dadurch nicht relativiert, dass lange davor „der Westen“ solche völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt hatte: Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001, Irak 2003, Libyen 2011.

Neben dem Kriegsverlauf, seiner zunehmenden Eskalationsgefahr scheint mir wichtig, dass dieser Krieg dazu genutzt wird, ein sicherheitspolitisches Paradigma auf den Müllhaufen der Geschichte zu kehren, das das Potenzial hätte, die Zielvorstellungen der Charta der Vereinten Nationen endlich umzusetzen und „die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ – ja man könnte auch sagen, die Gattung Mensch vor ihrer Selbstvernichtung zu schützen.

Eine der vielen eindringlichen Warnungen über den Zustand des Weltsystems haben uns die US-amerikanischen kritischen Atomwissenschaftler gegeben, die ihre 1947 eingerichtete Weltuntergangsuhr (*doomsday-clock*) auf 90 Sekunden vor Mitternacht vorgestellt haben. Gründe hierfür sind die permanente Eskalation des Konflikts in der Ukraine, die Modernisierung der Waffen, die weitere Perfektionierung der Trägersysteme. Neu und besonders bedrohlich sind:

- die inzwischen auf beiden Seiten entwickelten Hyperschallraketen, die mit mehr als fünffacher Schallgeschwindigkeit fliegen,
- die wachsende Nutzung Künstlicher Intelligenz in den Entscheidungsprozessen,
- die daraus resultierende permanente Verkürzung der Vorwarnzeiten und die schwindende Möglichkeit zur Korrektur so entstandener Entscheidungen.

Heißt: Der Mensch begibt sich zunehmend der Verantwortung und Fähigkeit, über seine eigene Existenz zu entscheiden. Jede Eskalation in diesem Stellvertreterkrieg stellt ein wachsendes Risiko in Richtung auf den Einsatz dieser ultimativen Waffe dar.

Nein: Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten, nicht den Krieg!

Gemeinsame Sicherheit scheint ferner denn je.

Gemeinsame Sicherheit war noch nie so notwendig wie jetzt.¹⁵

¹⁵ Vgl. Klein, Dieter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/51014/gemeinsame-sicherheit-trotz-alledem> [02-02-24].